

Kurzberichte

Die österreichischen Ablöselieferungen im Kalenderjahr 1959

Österreich hat wie in den Vorjahren auch 1959 die im Staatsvertrag von 1955 übernommenen Verpflichtungen erfüllt, der Sowjetunion bis Mitte 1961 (genau: 27. Juli 1961) Waren für jährlich 25 Mill. \$, zusammen also für 150 Mill. \$, und überdies durch zehn Jahre jährlich je 1 Mill. t Rohöl zu liefern¹⁾. Da Österreich keine Warenlieferung schuldig blieb, brauchte es auch nicht auf die für diesen Fall vorgesehenen Dollarzahlungen auszuweichen. Die Ablöselieferungen erreichten 1959 einen Wert von 46'91 Mill. \$ (1 219 7 Mill. S), davon 27 94 Mill. \$ (726 5 Mill. S) im Warenabkommen und 18 97 Mill. \$ (493 2 Mill. S) im Erdölabkommen. 1958 waren es 45 19 Mill. \$ (1 174 8 Mill. S) also 1 72 Mill. \$ weniger. Der Höchststand war 1956 mit 52 21 Mill. \$ verzeichnet worden²⁾. Vom österreichischen Brutto-Nationalprodukt mußten ebenso wie in den Jahren 1957 und 1958 0 9% für die Reparationsleistungen abgezweigt werden.

Obwohl die Ablöselieferungen 1959 stiegen, nahm die Belastung des Bundes von 1 210 5 Mill. S auf 916 Mill. S ab, vor allem, weil der Bund schon im zweiten und dritten Lieferjahr Fertigungs- und Konstruktionsarbeiten für einen sowjetischen Großauftrag auf Hüttenwerkseinrichtungen bevorzuzugte, die erst im vierten Jahr (1959) ausgeliefert und nun von den Sowjets anerkannt und abgerechnet wurden. Die Zahlungen des Bundes aus dem Warenabkommen lagen daher 1959 um 150 Mill. S unter der rechnungsmäßigen Jahrestangente, die Gutschriften jedoch um 76 5 Mill. S oder rund 3 Mill. \$ darüber. Die Belastung des Bundes ist aber auch deshalb niedriger als die Ablöselieferungen, weil die Sowjetunion seit 1958 als Reparationsnachlaß jährlich 1/2 Mill. t sowjetisches Rohöl unentgeltlich an Österreich liefert.

¹⁾ Siehe hiezu Monatsberichte, Jg. 1959, Nr. 2, S. 84 ff.

²⁾ Die jährlichen Schwankungen erklären sich vor allem daraus, daß sich das für die Ablöselieferungen geltende Lieferjahr nicht mit dem Kalenderjahr deckt. Daher weichen die Ablöselieferungen in den Kalenderjahren stets von denen im Rechnungsjahr ab.

Auch heuer wird nach den Ansätzen des Bundesvoranschlages 1960 das Bundesbudget durch die Ablöselieferungen voraussichtlich nur mit 955 Mill. S belastet sein. Nur wenn es die Budgetlage erlaubt, werden diese Ansätze erhöht werden, weil man bestrebt ist, die Mitte 1961 ablaufenden Warenlieferungen möglichst noch 1960 unterzubringen.

Erdöllieferungen

Wie im Vorjahr war die Sowjetunion einverstanden, daß die Lieferung von 200 000 t Rohöl aus dem Warenabkommen durch andere Waren ersetzt wurde. Diese Regelung wird voraussichtlich auch für die noch offenen Warenlieferungen gelten. Somit blieb die Lieferpflicht von 1 Mill. t Erdöl aus dem Erdölabkommen. Erstmals konnte aber Österreich 1959 die unentgeltlichen Gegenlieferungen von rund 1/2 Mill. t sowjetischen Rohöles in seinen Raffinerien verarbeiten, wodurch die österreichische Erdölversorgung fühlbar entspannt wird.

1958 erforderten die Ablöselieferungen 35% der österreichischen Rohölförderung 1959 wäre der Anteil ohne sowjetische Rücklieferungen auf 41% gestiegen; rechnet man diese aber zur heimischen Produktion hinzu, so bleibt eine Nettobelastung von 23%. 1960 wird der Nettoanteil der Ablöselieferungen an der österreichischen Produktion voraussichtlich etwas unter 20% liegen³⁾. Da aber nach

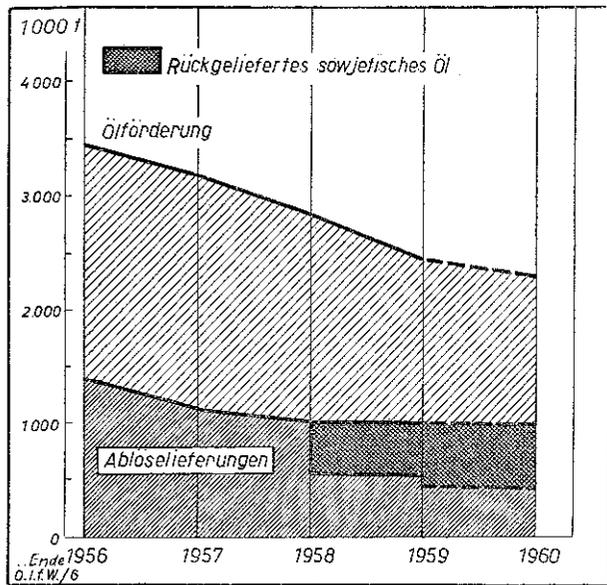
Anteil der Ablöselieferungen an der österreichischen Erdölförderung

Jahr	Ölförderung	Ablöselieferungen	Zur heimischen Verfügung bleiben		Anteil der Ablöselieferungen an der Ölförderung	
			brutto	netto ¹⁾	brutto	netto ²⁾
1 000 t						
1956	3 428	1 375	2 052	2 062	40 1	40 1
1957	3 186	1 124	2 062	2 666	35 3	35 3
1958	2 836	1 006	1 831	1 831	35 5	35 5
1959	2 459	1 012	1 447	1 899	41 2	22 8
1960 ³⁾	2 300	1 000	1 300	1 850	43 4	19 6

¹⁾ Unter Einrechnung des rückgelieferten sowjetischen Öles — ²⁾ Schätzung

³⁾ Der Anteil wird nur deshalb sinken, weil die sowjetischen Rücklieferungen heuer voraussichtlich höher sein werden als 1959, da 1960 Nachlieferungen für das nicht ganz erreichte Jahresquantum 1959 erwartet werden.

Erdöl-Ablöselieferungen und österreichische Ölförderung
(Normaler Maßstab; in 1.000 t)



Infolge der sinkenden österreichischen Ölförderung blieben im Jahre 1959 nach Abzug der Ablöselieferungen nur 145 Mill. t Rohöl (59% der heimischen Produktion) zur Verfügung Österreichs, gegenüber 205 Mill. t (60%) und 183 Mill. t (65%) in den Jahren 1956 und 1958. Im kommenden Jahr werden sogar nur etwa 13 Mill. t (57%) der heimischen Erdölproduktion greifbar sein. Dank der Rücklieferung von sowjetischem Erdöl konnte Österreich 1959 aber tatsächlich über 19 Mill. t verfügen und 1960 werden es voraussichtlich 185 Mill. t sein.

den jüngsten Schätzungen der Geologischen Bundesanstalt Österreichs aufgeschlossene Erdölreserven zum 1. Jänner 1960 nur noch mit 37,4 Mill. t angenommen werden, erfordern die Ablöselieferungen (brutto) bis zu ihrem Abschluß noch rund 15% der Erdölvorräte.

Die österreichischen Ablöselieferungen decken einen ansehnlichen Teil des Erdölbedarfes von Polen, DDR, ČSR und Ungarn. Darüber liegen zwar nur Angaben für 1958 vor, doch haben sich die Verhältnisse seither kaum wesentlich geändert. Polen deckt fast die Hälfte des Ölimportes, die

Anteil der Ablöselieferungen an der Rohöleinfuhr der Oststaaten im Jahre 1958

	Insgesamt	Rohöleinfuhr		Anteil der Ablöselieferungen	
		davon sowjetische Lieferungen	Ablöselieferungen	an der Gesamteinfuhr	an sowjetischen Lieferungen
		1.000 t		%	%
ČSR	1.377	1.366	235	17,1	17,2
DDR	1.127	1.107	252	22,4	22,8
Polen	600	554 ¹⁾	270	45,0	48,7
Ungarn	1.143	1.086 ¹⁾	249	21,8	22,9

Q: Institutsberechnung auf Grund der Statistiken der Oststaaten. — 1) Sowjetische Öllieferungen nach sowjetischer Außenhandelsstatistik

DDR, die ČSR und Ungarn je rund ein Fünftel aus österreichischen Ablöselieferungen

Die Erdöllieferungen wurden wie in den vergangenen Jahren fast gleichmäßig auf diese vier Oststaaten verteilt. Polen erhielt etwas mehr (rund 27%), die ČSR etwas weniger (24%). Fast die Hälfte des Erdöles wurde auf der Donau — ausschließlich auf Schiffen östlicher Gesellschaften — nach Ungarn und in die ČSR transportiert.

Bestimmungsländer der Erdöl-Ablöselieferungen im Jahre 1959

Bestimmungsland	Menge t	1959		1958
		%	%	
ČSR	239.521,0	23,7	23,3	
DDR	254.578,2	25,2	25,1	
Polen	270.723,1	26,7	26,8	
Ungarn	246.887,5	24,4	24,8	
	1.011.709,8	100,0	100,0	
Davon zu Schiff (ČSR und Ungarn)	486.408,5	48,1	46,4 ¹⁾	
Rückgeliefertes Sowjetöl	452.000	100,0	—	
davon zu Schiff	72.178	16,0	—	

1) Richtiggestellte Zahl

Auch die sowjetischen Gegenlieferungen entgegen der österreichischen Donauschiffahrt. Von den 452.000 t sowjetischen Rohöles, die 1959 in Österreich eintrafen, wurden allerdings nur 72.178 t (16%) zu Schiff befördert. Die vereinbarten 500.000 t wurden vor allem deswegen nicht erreicht, weil rund 40.000 t Öl auf der unteren Donau durch Vereisung blockiert wurden. (Nach sowjetischen Meldungen wurden bis Jahresende 490.000 t abgefertigt.) Mit der Nachlieferung des ausgebliebenen Öles ist bis zum Frühjahr 1960 zu rechnen.

Wenn die Sowjetunion trotz den hohen Transportkosten vorzieht, nach Österreich 1/2 Mill. t sowjetisches Öl zu liefern, statt auf ebenso viel österreichisches Ablöseöl zu verzichten, ist dies wohl weniger in der Starrheit des östlichen Planungssystems begründet, als vielmehr in der qualitativen Überlegenheit des österreichischen Öles.

Die Oststaaten benötigen das österreichische Erdöl vor allem zur Herstellung von Schmierölen. Wenn die österreichischen Lieferungen ausgeblieben wären und russisches Öl hätte bezogen werden müssen, wären diese Länder vor großen Problemen

Ausbringung der Raffinerien Ungarns 1957

Rohölprovenienz	Raffinerie	Benzin	Petroleum in % des Rohöleinsatzes	Gasöl	Rückstand	Verluste
Matzen (Österreich)	Almásfüzitő	2,6	15,1	13,5	68,7	0,1
	Szőny	2,2	14,2	13,4	70,1	0,1
Tujmaza (UdSSR)	Szőny	19,7	17,9	9,2	53,1	0,1
	Nyirbogdány	17,6	18,5	11,3	52,5	0,1
Nagylyngyel (Ungarn)	Pét	21,5	18,1	9,0	51,3	0,1
	Zala	3,8	10,3	4,5	81,3	0,1
	Pét	3,8	8,5	4,8	82,8	0,1

Q: Statisztikai Szemle 37. 1959. 10. S. 971.

gestanden, da das russische Öl zwar reich an niederoktanigem Benzin ist, die östlichen Raffinerien aber keine oder nur unzulängliche Reforminganlagen zur Qualitätsverbesserung besitzen.

Auch für die österreichischen Raffinerien war es schwierig sich umzustellen, vor allem, weil das russische Rohöl mehr Schwefel und mehr Benzin enthält als das österreichische Rohöl. Infolge der niedrigen Oktanzahl des russischen Benzins müssen ausländische Additive zugesetzt werden. Vorerst war geplant, das sowjetische Erdöl in Moosbierbaum zu verarbeiten, schließlich konzentrierte man aber die Raffination in Schwechat. Die wegen der hohen Transportkosten unwirtschaftlich arbeitenden Anlagen in Moosbierbaum werden demnächst stillgelegt. Von den sowjetischen Erdöllieferungen im Jahre 1959 stammten 262 000 t aus Muchanov (davon wurden 72.000 t zu Schiff befördert), 190 000 t sind schwefelärmeres Öl aus Sokolovo-Gorski. Aus Tujmaza wurde bisher noch kein Öl geliefert.

Die österreichische Mineralölverwaltung hat zu Beginn 1959 den bisher amtlich festgelegten Preis ihres Rohöles von 346 S je t auf 615 S erhöht. Auf Grund der Lieferverträge mit dem Finanzministerium mußten der ÖMV diese höheren Rohölpreise (abzüglich eines vertraglichen Rabattes) bewilligt werden. Die staatlichen Aufwendungen für das Erdölabkommen steigen heuer durch diese Verteuerung um fast 10% von 416 auf 455 Mill. S. Der Bund dagegen rechnet der ÖMV für die 1/2 Mill. t sowjetischen Erdöles, die er ausschließlich der ÖMV überläßt, nur 195 Mill. an¹⁾. Diese interne Verrechnung wirkt sich auf die Bewertung der Ablöselieferungen nicht aus. Es erwies sich als zweckmäßig, den seinerzeit für die Erdöllieferungen im Warenabkommen festgesetzten, von den Sowjets anerkannten Verrechnungssatz (18 75 \$ = 487 50 S je t) beizubehalten, obwohl er weit unter dem von der ÖMV bestimmten Inlandspreis liegt. Mit dem gleichen Satz wird auch das rückgelieferte sowjetische Öl bewertet, unbeschadet seiner geringeren Qualität, da mangels einer kommerziellen Rohöleinfuhr eine andere Bewertung schwer möglich wäre. Berechnet man unter dieser Voraussetzung den Nettowert der Ablöselieferungen (gesamte Ablöseleistungen minus sowjetischer Öllieferung), so verringert er sich auf 37 54 Mill. \$ oder 975 9 Mill. S, die nur noch 0 7% des Brutto-Nationalproduktes entsprechen.

¹⁾ Der niedrige Verrechnungssatz für das rückgelieferte sowjetische Öl wird aus der schwierigen Verarbeitung und seiner geringen Qualität sowie durch einen Abzug für Verschmutzung und Schwund beim Transport erklärt.

Warenlieferungen

Die Lieferungen aus dem Warenabkommen waren 1959 mit 27 94 Mill. \$ um 1 7 Mill. \$ höher als im Vorjahr. Da davon 200 000 t Rohöl durch andere Waren ersetzt wurden, waren im Warenabkommen überhaupt keine Rohstoffe vertreten. Wenn man Waren- und Erdölabkommen zusammenrechnet, ist der Rohstoffanteil geringfügig von 41 7% auf 40 4% zurückgegangen. Auch die Halbfertigwaren haben an Bedeutung verloren. Ihr Anteil an den Lieferungen im Warenabkommen ging von 31% auf 18% zurück, da verzinkte Bleche überhaupt nicht mehr und Stahlbleche in geringerem Umfang geliefert wurden. Der Anteil von Maschinen und Verkehrsmitteln nahm dagegen von 61% auf 73% zu (Verkehrsmittel allein 6%). Die Fertigwaren stellen auch bei Einbeziehung des Erdöles rund die Hälfte aller Ablöselieferungen. Gleich geblieben ist der allerdings geringe Anteil der „anderen Fertigwaren“, die keine Investitionsgüter darstellen (8 7%). Es wurde ungefähr gleich viel (Lacke, Schuhe und Kunstseidengewebe) geliefert wie im Vorjahr. Auch an der kommerziellen Ausfuhr in die Sowjetunion, bei der Rohstoffe überhaupt fehlen, ist diese Gruppe verhältnismäßig schwach beteiligt (6 4%).

Die Ablöselieferungen im Jahre 1959

Warenabkommen	Wert		Waren- und Erdölabkommen %
	1 000 \$	%	
Rohstoffe (Erdöl)	—	—	40 4
Halbfertige Waren	5 025	18 0	10 7
Stahlbleche	2 413		
Verzinkte Bleche	—		
Walzkupfer	993		
Kunstseidengarne	1 619		
Fertigwaren	22 918	82 0	48 9
Maschinen und Verkehrsmittel	20 494	73 3	43 7
Maschinen	16 456	58 9	35 1
Walzwerkeinrichtungen	9 658		
Cherotische Apparate	2 087		
Dieselkompressoren	1 181		
Papier- u. Holzverarbeit. Maschinen	2 616		
Kontroll- und Meßgeräte	914		
Elektrische Maschinen	2 392	8 6	5 1
Kraftkabel	2 392		
Verkehrsmittel	1 646	5 9	3 5
Spezialkraftwagen und Ersatzteile	1 646		
Andere Fertigwaren	2 424	8 7	5 2
Lacke	1 445		
Schuhe	576		
Kunstseidengewebe	403		
Warenabkommen insgesamt	27 943	100 0	
Erdölabkommen	18 970		
Waren- und Erdölabkommen	46 913		100 0

Da eine weitere Aufgliederung der Ablöselieferungen über die schon im Jahre 1955 in Moskau vereinbarten Hauptgruppen hinaus schwer möglich

ist, können auch kaum Verschiebungen zwischen den einzelnen Waren festgestellt werden. Bekannt ist nur die Ausführung des Großauftrages auf Walzwerkseinrichtungen, der in der Statistik mit 97 Mill. \$ ausgewiesen ist. Tatsächlich vermindert sich der eigentliche Umfang dieser Lieferung um etwa 2,5 bis 3 Mill. \$, weil unter diese Position auch eine Lieferung von geschweißten Rohren fällt, die die Sowjetunion zum Bau ihres Erdöl- und Erdgas-Leitungsnetzes benötigt. Infolge unzureichender österreichischer Schweißkapazität wurden die Rohre aus österreichischem Grobblech (16 300 t) von einem westdeutschen Werk im Lohn hergestellt. Rechnet man auch dieses Blech den österreichischen Blech-Ablöselieferungen an die Sowjetunion hinzu, so steigen die Blechlieferungen von rund 15.000 t Feinblech auf 31.000 t Grob- und Feinblech (1958: 25.000 t) oder 4,5% des österreichischen Kommerzblechexportes. Die außerdem noch gelieferten 4.500 t Stabeisen entsprechen einem Viertel des österreichischen geringen kommerziellen Stabeisenexportes. Reicht man die zusätzlichen Blechlieferungen richtig unter Halb- und Fertigwaren, dann steigt deren Anteil um rund 10% und sinkt jener von Maschinen und Verkehrsmitteln ebenso stark, macht aber mit 63% noch immer fast zwei Drittel der Ablöselieferungen (ohne Erdöl) aus. Am kommerziellen Export in die Sowjetunion ist der Anteil der Maschinen und Verkehrsmittel von 47% auf 33% zurückgegangen, obwohl deren Export wertmäßig um 15% zunahm. Dies geht auf die starke Steigerung der Walzwarenausfuhr zurück. Daher stieg der kommerzielle Export von Halb- und Fertigwaren um 136%, wodurch sich der Anteil der Halb- und Fertigwaren an der österreichischen kommerziellen Ausfuhr in die Sowjetunion von 40,5 auf 57,7% erhöhte.

Die Ablöselieferungen an Maschinen und Verkehrsmitteln entsprechen nach Abzug der Rohrlieferungen rund 12% der österreichischen kommerziellen Maschinenausfuhr (1958: 11%), insgesamt (kommerzielle und Ablöselieferungen) ist der Anteil der Sowjetunion an österreichischen Exporten von Maschinen und Verkehrsmitteln von 17% auf 17,4% gestiegen. Maschinen und Verkehrsmittel machen nun 43% der Gesamtlieferungen in die Sowjetunion aus (1958: 39%), doch erhöht sich der Anteil bei der Nettoberechnung, d. h. unter Berücksichtigung des rückgelieferten Erdöles auf 50%.

Die kommerzielle Ausfuhr Österreichs, die im Jahre 1959 rund 25 Mrd. S betrug, würde unter

Einrechnung der Ablöselieferungen auf 26,29 Mrd. S steigen. An dieser Gesamtausfuhr waren die Ablöselieferungen (Bruttoberechnung) mit 4,6% beteiligt. Der Einfuhrwert der österreichischen Importe von rund 30 Mrd. S erhöhte sich durch das rückgelieferte sowjetische Öl nur um 243 Mill. S oder 0,8%.

Ablöselieferungen und Gesamtausfuhr im Jahre 1959

	Kommerzielle Ausfuhr		Ablöselieferungen	Kommerz. Ausfuhr + Ablöse	
	Mill. S	%		Mill. S	%
Ernährung	1.160,5	4,6	—	1.160,5	4,4
Getränke und Tabak	52,1	0,2	—	52,1	0,2
Rohstoffe	5.138,7	20,6	—	5.138,7	19,6
Mineralische Brennstoffe ¹⁾	567,9	2,3	493,2	1.061,1	4,0
Tier u. pflanzl. Öle u. Fette	9,1	0,0	—	9,1	0,0
Chemische Erzeugnisse	990,4	4,0	37,6	1.028,0	3,9
Halb- und Fertigwaren ²⁾	11.531,0	46,0	141,1	11.672,1	44,4
Maschinen- und Verkehrsmittel ²⁾	3.847,9	15,3	532,8	4.380,7	16,7
Sonstige Fertigwaren	1.739,0	6,9	15,0	1.754,0	6,7
A. N. G.-Waren	31,5	0,1	—	31,5	0,1
Insgesamt	25.068,1	100,0	1.219,7	26.287,8	100,0

¹⁾ Bruttodarstellung — ²⁾ Rohrlieferungen bei Maschinen und Verkehrsmitteln eingereicht (Ablöselieferungen).

Vor dem Ende der Ablöselieferungen

Die österreichischen Ablöselieferungen aus dem Warenabkommen müssen am 27. Juli 1961 beendet sein. Nach dem vorläufigen Zahlungsplan wird das Bundesbudget 1961 noch nicht sehr entlastet, da 460 Mill. S für das Warenabkommen bereitgestellt werden müssen. Erst 1962 endet die Zahlungsverpflichtung, doch bleiben nach Abzug der Vergütung für das rückgelieferte Erdöl noch immer 1,8 Mrd. S zur Bezahlung der Erdöllieferungen (1962 bis 1965).

Belastung des Bundes durch Ablöselieferungen

Kalenderjahr	Warenabkommen	Erdöl-abkommen	Zusammen
	Mill. S		
1955	245 ¹⁾	—	245
1956	767	—	767
1957	695	220	915
1958	733	477	1.210
1959	500	416	916
1960	500	455	955
1961	460	455	915
1962/65	—	1.803	1.803
Zusammen	3.900	3.826	7.726

Q: 1955 bis 1959 Rechnungsabschlüsse; 1960 bis 1965 Teilheft zum Bundesvoranschlag für das Jahr 1960 (Kapitel 26, Beilage B). — ¹⁾ Mit Ablöse für DDSG 296,6 Mill. S.

Die jährlichen Verpflichtungen aus dem Warenabkommen entsprechen 2,6% der gesamten österreichischen kommerziellen Ausfuhr 1959. Da die Exporte 1959 um 5% stiegen, dürfte es bei Anhalten der Konjunktur nicht allzu schwierig sein, für die Ablöselieferungen Ersatz in anderen Exporten zu finden. Das bedeutet aber nicht, daß dann alle Waren, die bisher als Ablöse geliefert wurden,

in gleichen Mengen kommerziell exportiert werden können. Wohl ist dies für Walzwaren und für einen Teil der Maschinenlieferungen zu erwarten. Unter den Ablöselieferungen befinden sich aber auch Waren, die infolge ihrer besonderen Eigenart kaum in andere Länder geliefert werden können. Auch die Struktur der österreichischen Lieferbetriebe muß berücksichtigt werden. Es ist zwar gelungen, einen Teil der Ablöselieferungen auf Betriebe zu verlagern, die früher nicht sowjetisch verwaltet wurden, andere ehemalige USIA-Betriebe wurden in Konzerne eingegliedert, die den Ausfall der Ablöselie-

ferungen durch andere Aufträge wettmachen können. Ferner gibt es, auch vom Erdöl abgesehen, Warenlieferungen mit höherem Importgehalt, an deren Fortsetzung kein volkswirtschaftliches Interesse besteht. Das Ende der Ablöselieferungen wird daher für die meisten Firmen keine großen Schwierigkeiten mit sich bringen. Einzelne Betriebe werden allerdings vor ernststen Problemen stehen. Ihre Belegschaft wird schwer unterzubringen sein, weil diese Betriebe in Wiener und niederösterreichischen Industriegebieten liegen, wo es schon bisher schwer fiel, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Kommerzieller Handelsverkehr zwischen Österreich und der UdSSR

	Einfuhr Österreichs				Ausfuhr Österreichs			
	1958		1959		1958		1959	
	1 000 S	%	1 000 S	%	1 000 S	%	1 000 S	%
Ernährung	114 229	20,1	105 823	13,8	262	0,1	4 036	0,5
Getränke und Tabak	55	0,0	—	—	—	—	30	0,0
Rohstoffe	164 751	29,0	157 898	20,6	25	0,0	1 242	0,1
Mineralische Brennstoffe	184 194	32,3	327 180	42,7	236	0,0	34	0,0
Tierische und pflanzliche Öle und Fette	—	—	4 235	0,6	5	0,0	—	—
Chemische Erzeugnisse	5 542	1,0	11 133	1,4	15 810	3,0	23 848	2,7
Halb- und Fertigwaren	30 023	5,3	43 098	5,6	213 223	40,5	504 473	57,7
Maschinen und Verkehrsmittel	69 850	12,3	115 788	15,1	247 694	47,1	284 123	32,5
Sonstige Fertigwaren	355	0,0	1 538	0,2	48 825	9,3	56 015	6,4
A N G Waren	—	—	—	—	—	—	1	0,0
Insgesamt	568 000	100,0	766 693	100,0	526 280	100,0	873 802	100,0

Die österreichische Wirtschaftspolitik trachtet daher, wenigstens einen Teil der Ablöselieferungen durch kommerzielle Exporte in die Sowjetunion zu ersetzen. Wie sehr auch die sowjetische Wirtschaft am Bezug österreichischer Waren interessiert ist, zeigen die Exporterfolge im abgelaufenen Jahr: Es gelang, die kommerzielle Ausfuhr in die Sowjetunion um 66% zu steigern. Größtes Hemmnis ist

nach wie vor, daß Österreich zu wenig aus der Sowjetunion zu importieren vermag. 1959 blieben die um 35% erhöhten Einfuhren um 105 Mill. S hinter den Exporten zurück. Trotz allen Bemühungen, durch Importverlagerungen neue Einfuhren aus der Sowjetunion zu ermöglichen, wird es kaum gelingen, für alle Ablöselieferungen Gegenlieferungen aus Rußland zu finden.

Insolvenzen im Jahre 1959

Die Zahl der gerichtlichen Insolvenzverfahren ging im Jahre 1959 erstmals seit 1955 zurück. Insgesamt wurden 559 Konkurse und 197 Ausgleichs (ohne Anschlußkonkurse) registriert, gegen 572 und 254 im Vorjahr. Da die Konkurse viel weniger sanken (um 13 oder 2%) als die Ausgleichs (57 oder 22%), nahm ihr Anteil an der Gesamtzahl der gerichtlichen Insolvenzverfahren von 69% auf 74% zu. Der Anteil der Konkurse zeigt bereits seit einigen Jahren eine steigende Tendenz. Offenbar verleiten die allgemein günstigen Konjunkturerwartungen viele notleidende Unternehmungen, ihre Insolvenzerklärungen aufzuschieben, bis nur der Konkurs übrig bleibt. Auch die Gläubiger scheinen zu Ausgleichs immer weniger bereit zu sein. Zahlungsfähigkeit wird in einer vollbeschäftigten und rasch wachsenden Wirtschaft vorwiegend als persönliches Verschulden und nicht als unverdiente, vorübergehende Notlage gewertet. Ein Ausgleich würde in den meisten Fällen den endgültigen Zusammenbruch nur hinausschieben, nicht verhindern.

Die Abnahme der gerichtlichen Insolvenzverfahren läßt sich hauptsächlich mit der Belebung der Konjunktur seit Anfang 1959 erklären. Obwohl zwischen Entstehung und Anmeldung der Insolvenz meist längere Zeit liegt und die relativ geringe Zahl der Fälle Zufallsschwankungen nicht ausschließt, besteht im allgemeinen ein deutlicher Zusammenhang zwischen Konjunktur und Insolvenzen. Der kräftige Konjunkturaufschwung in den Jahren 1954 und 1955 z. B. ließ die Zahl der gerichtlichen Insolvenzverfahren rasch sinken. Umgekehrt stieg sie mit dem Nachlassen der Expansion von 1956 bis 1958. Ferner dürfte im Jahre 1959 die hohe Liquidität der Wirtschaft Lieferantenkredite erleichtert haben. Dadurch war es notleidenden Unternehmungen möglich, kurzfristige Zahlungsschwierigkeiten zu überbrücken. (Nimmt man an, daß sich Veränderungen der Liquidität mit einem Zeitabstand von etwa einem Jahr auf die Zahlungsfähigkeit schwächer Unternehmungen auswirken, so läßt sich seit 1953 ein enger Zusammenhang zwischen beiden Größen nachweisen.)

Insolvenzen in Österreich¹⁾

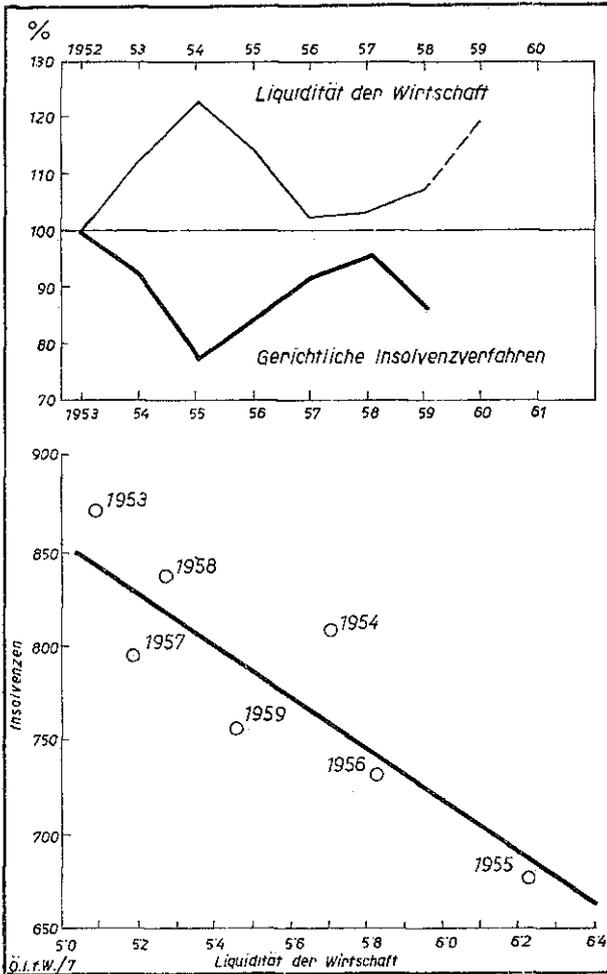
	1955	1956	1957	1958	1959	1959 in % von 1958
Konkurse	427	433	527	572	559	97,7
Gerichtliche Ausgleichs	365	438	428	392	317	80,9
Anschlußkonkurse ²⁾	-135	-140	-161	-138	-120	87,0
Gerichtl. Insolvenzverfahren insgesamt	677	731	794	826	756	91,5
Außergerichtliche Ausgleichs ³⁾	46	49	49	51	51	100,0
Abgewiesene Konkursanträge ⁴⁾	543	478	545	513	644	125,5
Gesamtzahl der Insolvenzen	1 266	1 258	1 388	1 390	1 451	104,4

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — ²⁾ Ausgleichs, die in Konkurse umgewandelt wurden und daher doppelt gezählt sind. — ³⁾ Vom Kreditschutzverband behandelt. — ⁴⁾ Mangels Vermögens.

Im Gegensatz zu den gerichtlich abgewickelten Insolvenzfällen haben die mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge um 131 oder 26% auf 644 zugenommen. Es handelt sich hauptsächlich um kleine Gewerbetreibende, deren Passiven vorwiegend aus rückständigen Krankenkassenbeiträgen und deren Aktiven aus unveräußerlichen Werkzeugen bestehen. Ihre Häufung im Jahre 1959 dürfte zufällig sein.

Stärker als die Zahl der Insolvenzfälle sind im Jahre 1959 die *finanziellen Verluste* gesunken. Abnormale Insolvenzfälle wie im Vorjahr (einer allein mit 500 Mill. S Passiven) gab es 1959 nicht. Auch wenn man von den großen Fällen absieht, hat sich nach den Erfahrungen des Kreditschutzverbandes und nach Erhebungen des Institutes in rund 80 Fällen die durchschnittliche Schuldenhöhe pro Fall nicht erhöht. Da die abgewiesenen Konkursanträge wertmäßig kaum ins Gewicht fallen, kann die gesamte Schuldensumme auf knapp 600 Mill. S geschätzt werden, gegen mindestens 1 Mrd. S im Jahre 1958. Diesen Passiven standen allerdings relativ weniger Aktiven gegenüber, weil der Anteil der Konkurse zugenommen hat und bei den Ausgleichs ein geringerer Teil der Passiven (im Durchschnitt 65%) durch Vermögenswerte gedeckt war als im Vorjahr (75%). Infolge der größeren Überschuldung waren die vereinbarten Ausgleichsquoten im Durchschnitt (gewogen mit der Höhe der Forderungen) niedriger (45%) als im Vorjahr (55%). Die

Insolvenzen und Liquidität der Wirtschaft¹⁾
(Normaler Maßstab)



Regressionsgleichung: $Y' = 154371 - 13778 \times$
 Standardfehler des Regressionskoeffizienten: 29 53
 Korrelationskoeffizient: $r = -0.87$

Bei hoher Liquidität der Wirtschaft wird es notleidenden Unternehmungen in der Regel eher möglich sein, durch zusätzliche Kredite vorübergehende Schwierigkeiten zu überwinden, als bei geringer Geldflüssigkeit. Nimmt man an, daß sich Veränderungen der Liquidität mit einem Zeitabstand von etwa einem Jahr in den Insolvenzzahlen auswirken, so haben in den vergangenen Jahren bei steigender Liquidität die Zahlungseinstellungen meist abgenommen und im umgekehrten Fall zugenommen.

¹⁾ Insolvenzen = Konkurse + gerichtliche Ausgleiche - Anschlußkonkurse - Liquidität der Wirtschaft = Private Scheckeinlagen : Umsatztsteuererträge (brutto)

vereinbarten Fristen für die Erfüllung dieser Quoten waren durchschnittlich etwa gleich lang wie im Jahre 1958 (9 bis 13 Monate). In Zukunft werden die bei Konkursen und Ausgleichen vereinbarten Quoten wahrscheinlich dadurch beeinträchtigt werden, daß die Höchstgrenze der bevorrechteten Forderungen von Dienstnehmern, Heimarbeitern und

Handelsagenten aus Dienstbezügen, Heimarbeitsentgelten und Provisionen erhöht wurde¹⁾.

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Wirtschaftszweigen¹⁾

Wirtschaftszweig	Konkurse		1959 in % von 1958	Ausgleiche	
	1958	1959		1958	1959
Industrie ²⁾	79	73	92.4	59	62
Großhandel	84	83	98.8	81	49
Einzelhandel	186	174	93.5	141	117
Handwerk	166	166	100.0	83	57
Sonstige ³⁾	57	63	110.5	28	32
Insgesamt	572	559	97.7	392	317

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870 — ²⁾ Einschließlich Bauunternehmen — ³⁾ Auch Private.

Der Rückgang der Insolvenzen war in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich. Am stärksten nahmen sie im Großhandel ab (-20%), am schwächsten in der Industrie (-2%). Andererseits stieg gerade im Großhandel der Anteil der Konkurse überdurchschnittlich (einschließlich Doppelzählung der Anschlußkonkurse von 51% auf 63%). Die finanziellen Verluste dürften daher weniger stark gesunken sein als die Zahl der Insolvenzen. Außerdem waren die Insolvenzen im Großhandel noch immer ziemlich häufig. Nach überschlägigen Schätzungen wurden knapp 1% der Betriebe insolvent, gegen nur etwa 0.3% in der gesamten gewerblichen Wirtschaft²⁾.

Die Entwicklung der Insolvenzen nach Branchen spiegelt die Belebung der Investitionen und des Exportes sowie den relativ günstigen Bekleidungsabsatz im Jahre 1959 wider. So haben die Konkurse und Ausgleiche im Bauwesen von 53 auf 39 (-26%), in der Metallwirtschaft von 111 auf 83 (-25%) und in der Elektro- und chemotechnischen Branche von 78 auf 59 (-24%) abgenommen.

¹⁾ Das Bundesgesetz vom 18. November 1959, das die Konkurs- und Ausgleichsordnung 1914 änderte und ergänzte, hat auch andere Wertgrenzen der Geldentwertung angepaßt (Bis zu einer Konkursmasse von 100.000 S gilt ein Konkurs als geringfügig; für bestimmte Geschäfte des Masseverwalters ab einem Wert von 200.000 S muß die Genehmigung des Gläubigerausschusses eingeholt werden) Ferner wurde die bisherige Praxis, daß die Gläubigerschutzverbände die Gläubiger bei Insolvenzverfahren vertreten, legalisiert.

²⁾ Die Zahl der Betriebe wurde geschätzt, indem die Ergebnisse der Betriebszählung vom 1. September 1954 mit der Statistik der Bundeshandelskammer über Veränderungen im Stande der Betriebe fortgeschrieben wurden. Für den Großhandel wurde die Zahl der Steuerpflichtigen aus der Umsatzsteuerstatistik 1955 entnommen, da die Betriebszählung keine vollständige Trennung zwischen Groß- und Einzelhandel zuläßt.

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Branchengruppen¹⁾

Branchengruppe	Industrie		Großhandel		Einzelhandel		Handwerk		1958	Zusammen 1959	1959 in % von 1958
	1958	1959	1958	1959	1958	1959	1958	1959			
Konkurse											
Mineralien	5	4	3	—	—	—	1	1	9	5	55.6
Metalle und Edelmetalle	12	11	13	7	9	16	25	15	59	49	83.1
Holz	12	15	17	18	1	—	21	22	51	55	107.8
Elektro- und chemisch-technische Artikel	5	2	10	10	16	18	20	12	51	42	82.4
Bau	23 ^{*)}	20 ^{*)}	4	1	—	—	8	5	35	26	74.3
Lebens- und Genußmittel	4	2	9	14	41	39	57	84	111	139	125.2
Textilien, Bekleidung, Leder	14	15	16	23	56	50	30	21	116	109	94.0
Papier, Druck und Verlag	3	4	4	2	4	4	3	2	14	12	85.7
Glas- Parfümerie- Kurzwaren	1	—	5	1	3	7	1	4	10	12	120.0
Gemischtwaren	—	—	3	7	56	40	—	—	59	47	79.7
Insgesamt	79	73	84	83	186	174	166	166	515	496	96.3
Ausgleiche											
Mineralien	1	3	1	—	—	—	—	—	2	3	150.0
Metalle und Edelmetalle	14	14	10	6	12	9	16	5	52	34	65.4
Holz	8	14	10	8	4	3	10	4	32	29	90.6
Elektro- und chemisch-technische Artikel	5	2	8	5	10	6	6	4	27	17	63.0
Bau	11 ^{*)}	11 ^{*)}	4	—	—	—	3	2	18	13	72.2
Lebens- und Genußmittel	4	5	17	13	21	28	28	36	70	82	117.1
Textilien, Bekleidung, Leder	17	11	25	11	63	37	20	4	125	63	50.4
Papier, Druck und Verlag	1	1	1	1	1	2	—	1	3	5	166.7
Glas- Parfümerie- Kurzwaren	1	1	1	—	3	2	—	1	4	4	100.0
Gemischtwaren	—	—	4	5	27	30	—	—	31	35	112.9
Insgesamt	59	62	81	49	141	117	83	57	364	285	78.3

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — ^{*)} Baustoffindustrie und Bauunternehmen

men. In der Bekleidungsbranche wurden nur 172 Insolvenzfälle registriert, gegen 241 im Vorjahr (—29%). Dieser Rückgang entfällt hauptsächlich auf den Einzelhandel und das Gewerbe (27% und 50%), während die Insolvenzen in Industrie und Großhandel nur um 16% und 17% gesunken sind. Die lebhaftere Nachfrage der Konsumenten nach Bekleidung wirkte sich erst relativ spät auf Industrie und Großhandel aus, da der Einzelhandel über große Lager aus dem Vorjahr verfügte.

Am schlechtesten schnitt die Lebensmittelbranche ab. Die gerichtlichen Insolvenzverfahren nahmen von 181 auf 221 (+22%) zu und erreichten damit den höchsten Stand der Nachkriegszeit. Besonders zahlreich waren die Insolvenzen im Gastgewerbe. Es handelt sich teils um alte, kleine Landgasthäuser, die abseits der Ausflugsziele der Auto-

touristen liegen, teils um spekulative, von der guten Fremdenverkehrskonjunktur angeregte Neugründungen von Pensionen, Gasthäusern, Nachtlokalen.

Von den *Bundesländern* hatten nur Niederösterreich (+20%), Vorarlberg (+46%) und das Burgenland (+143%) mehr Insolvenzen als im Vorjahr. Im Burgenland und in Vorarlberg waren sie absolut jedoch mit 17 und 35 sehr gering.

Die letzten *Ursachen* der Zahlungseinstellungen sind meist innerbetriebliche Unzulänglichkeiten. Nach einer Untersuchung des Kreditschutzverbandes wurden ähnlich wie in den Vorjahren viele Betriebe wegen unzulänglicher Kapitalausstattung insolvent. Die Unternehmer hatten entweder überhaupt zu wenig Betriebskapital oder waren übermäßig verschuldet. Der Anteil der Firmen, die aus Kapitalmangel insolvent wurden, ist allerdings in den letzten Jahren ständig gesunken. Dagegen mußten immer mehr Firmen wegen fahrlässiger und unsachgemäßer Betriebsführung ihre Zahlungen

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Bundesländern¹⁾

Bundesland	Konkurse			Ausgleiche		
	1958	1959	1959 in % von 1958	1958	1959	1959 in % von 1958
Wien	173	151	87.3	137	106	77.4
Niederösterreich	49	53	108.2	32	44	137.5
Oberösterreich	99	86	86.9	59	51	86.4
Steiermark	97	80	82.5	54	47	87.0
Salzburg	56	60	107.1	39	15	38.5
Kärnten	35	45	128.6	34	25	73.5
Tirol	44	44	100.0	25	17	68.0
Vorarlberg	14	25	178.6	10	10	100.0
Burgenland	5	15	300.0	2	2	100.0
Insgesamt	572	559	97.7	392	317	80.9

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870.

Ursachen der Insolvenzen¹⁾

Ursache	1956	1957	1958	1959
	Anteil an der Gesamtzahl der Insolvenzfälle in %			
Kapitalmangel	44	42	39	32
Unsachgemäße oder fahrlässige Geschäftsführung	31	35	37	46
Großer persönlicher Aufwand	8	5	8	5
Betrügerische Manipulationen	8	7	6	7
Nicht selbst verschuldete Ursachen	9	11	10	10

¹⁾ Nach einer Sonderuntersuchung des Kreditschutzverbandes von 1870.

einstellen. Im Jahre 1959 waren bereits 46% der Insolvenzen auf diese Ursache zurückzuführen, im Jahre 1956 nur 31%. Vielen Unternehmern fehlen die Fachkenntnisse, Buchführung und Kalkulation werden oft vernachlässigt.

Die Konzentration der Insolvenzursachen auf diese zwei Faktoren kann vor allem damit erklärt werden, daß zunehmend junge, nach der Aufhebung des Untersagungsgesetzes gegründete Unternehmungen notleidend wurden. Der Anteil der nach 1952 gegründeten Firmen an der Gesamtzahl der Insolvenzen stieg von 10% im Jahre 1955 ständig bis auf 44% im Jahre 1959. Junge Betriebe wurden weit häufiger insolvent als ältere Betriebe.

Die Erleichterungen im Erwerb von Gewerbeberechtigungen haben viele Menschen veranlaßt, Betriebe zu gründen, ohne daß sie über ausreichende Fachkenntnisse und das erforderliche Kapital verfügten. Das Ergebnis war in vielen Fällen Konkurs oder Ausgleich.

Alter der insolventen Unternehmungen¹⁾

Gründungsjahr	1956	1957	1958	1959
vor 1938	14	12	11	10
1938—1944	7	9	10	13
1945—1949	30	23	12	15
1950—1952	34	32	29	18
nach 1952	15	24	36	44

¹⁾ Nach einer Sonderuntersuchung des Kreditschutzverbandes von 1870